

# Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerscheit: Tageblatt Riefa.  
Gesamt Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riefa, sowie des Gemeinderates Gröbä.

Postfachkonto: Leipzig 21008.  
Stroßstraße Riefa Nr. 52.

Nr. 303.

Mittwoch, 29. Dezember 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellung, bei Abrechnung am Posthalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen in die Nummer des Ausgabebogenes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 am dreizehnten, 1 am hohen Grundbesitz-Belle (7 Blätter) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitweiliger und tabellarischer Kontext gedr. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Diezeitungliche Anzeigengebühren — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Herausgabe oder Rückzahlung des Bezugspreises, Betrieben der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerin. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dörmel, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riefa. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

**Erfolchen ist die Maul- und Klauenseuche in Gröbä bei O. Riefa, in Mark-Heblich bei W. Riefa. Die gegen diese Gebälte erlassenen Sperremaßnahmen werden hiermit wieder aufgehoben. Die Gemeinden Gröbä mit Gutsbesitz und Markflecht werden Beobachtungsgebiete. Die Gemeinde Streumen mit Gutsbesitz scheidet aus dem Beobachtungsgebiete aus.**

Großenhain, am 28. Dezember 1920.

2876 a. El.

Die Amtshauptmannschaft.

**Wühlöffnung.**

Die mit der Bekanntmachung des Kommunalverbands vom 5. Oktober ds. Js. verteilte Schließung des Wühlbetriebs von Wilhelm Tiesel in Langenberg wird mit Wirkung ab 30. ds. Mts. wieder aufgehoben.

Großenhain, am 28. Dezember 1920.

1684 a. l.

Der Kommunalverband.

**Wahlmarkenausgabe.**

Die Ausgabe der Wahlmarken auf die Zeit vom 3. bis 30. Januar 1921 findet am 30. ds. Mts. wieder aufgehoben.

Großenhain, am 28. Dezember 1920.

1684 a. l.

Der Kommunalverband.

**Tagesgeschichte.**

Deutsches Reich.

Die Forderungen der Eisenbahner. Am gestrigen Dienstag nachmittag trat im Reichstag der aus Vertretern der Eisenbahner-Großorganisationen gebildete Ausschuss zusammen, der zu der augenblicklichen Lage und zu dem Streikverbot des Reichsverkehrsministers Gröner Stellung nahm. Man einigte sich dahin, am heutigen Mittwoch morgen die Stellungnahme des Ausschusses zu formulieren und diese Erklärung dem Reichsverkehrsminister zu übermitteln. Inzwischen haben Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und dem Deutschen Beamtenbund stattgefunden. Der Finanzminister erklärte sich bereit, die Forderungen und Wünsche der Eisenbahner dem Reichsverkehrsminister zu übermitteln. Der Reichsverkehrsminister wird voraussichtlich am 3. oder 4. Januar zusammenzutreten und das gesamte vorliegende Material prüfen. Im Reichsverkehrsministeramt werden entsprechend seiner Zusammenfassung jedoch nur alle die Eisenbahnbeamten angehenden Fragen erörtert werden. Die Wünsche der Arbeitnehmer werden bereits in den am heutigen Mittwoch beginnenden Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium ihre Erledigung finden. — Montagabend fand eine Vollversammlung der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner statt, in der betont wurde, daß weitere Verhandlungen zwischen der Regierung und den Eisenbahnerorganisationen zwecklos seien. Es wurde als letzte Antwort der sofortige Streik gefordert und mitgeteilt, daß die Eisenbahnerorganisationen dazu übergegangen seien, durch einen Zusammenschluß eine Einheitsfront zu bilden, die im Falle eines Streiks den Erfolg verblühe.

Geheimkehr der letzten Kriegsgefangenen aus Rußland. Seitens des Reichswehrministeriums erklärte ein Mitarbeiter der „Dagens Nyheter“ gegenüber, daß die letzten Geleittransporte von Kriegsgefangenen aus Rußland wahrscheinlich im Februar oder März in der Heimat eintreffen werden. Als Namen keine Arbeit begann, waren noch 300 000 Gefangene in Rußland, von denen die meisten nunmehr heimgeführt sind.

Zur neuen Entwaffnungsnote, in welcher die Entente die Entlassung der Sicherheitspolizei fordert, verlangt der „Vorwärts“ volle Offenheit. Außerdem werde es erwidert sein, ob nicht auch der Auswärtige Ausschuss des Reichstages einzuberufen sei, da er doch zum mindesten das Recht habe, den Text der neuen Note kennen zu lernen. In der „Germania“ heißt es: Die Entente muß sich bei näherem Zusehen davon überzeugen, daß die Organisation der Sicherheitspolizei ganz nach den getroffenen Abmachungen abgeändert worden ist. — Eine Meldung des W. T. B. aus Berlin lautet: Die interalliierte militärische Kontrollkommission hat unter dem W. T. B. eine Note an das Auswärtige Amt gerichtet, worin sie sich mit der Art, wie die Reorganisation der Polizei ausgearbeitet wurde, für nicht befriedigt erklärt. Da die Reorganisation nach einem Plane erfolgt ist, der bis ins einzelne in Einvernehmen mit der Kontrollkommission aufgestellt wurde, muß angenommen werden, daß Mißverständnisse vorliegen. Das Auswärtige Amt ist damit beschäftigt, diese Mißverständnisse aufzuklären. — Aus Paris wird gemeldet: Nach dem „Temps“ hat der Vorschlag der Frage der Einwohnervoten den alliierten Regierungen deshalb überwiesen, weil die Frage der Entwaffnung der verschiedenen Organisationen in Deutschland im Abkommen von Spa behandelt wird, das von den alliierten Regierungen unmittelbar abgeschlossen worden ist.

Stinnes und Brüssel. Seit einigen Tagen wird von der französischen Presse die Behauptung aufgestellt, daß der bekannte Großindustrielle Hugo Stinnes die Sachverständigenkonferenz von Brüssel sabotieren wolle, weil er jedes deutsche Entgegenkommen an Frankreich verurteile und den Abbruch der Verhandlungen — ungeachtet der daraus entstehenden Konsequenzen — herbeiführen wolle. Herr Stinnes habe sich schon in Spa gegen die Unterbrechung geäußert und lieber den französischen Einmarsch ins Ruhrgebiet in Kauf nehmen wollen. Sein großer Einfluß auf die gegenwärtige deutsche Regierung bedeute unter diesen Umständen eine schwere Gefahr für die deutsch-französischen Verhandlungen und ihren Erfolg. Die persönliche Stellung des Herrn Stinnes zu der Brüsseler Konferenz dürfte in diesen Auslassungen ziemlich zureichend wiedergegeben sein. Herr Stinnes hat noch vor Spa dem damaligen französischen Ministerpräsidenten Millerand einen Plan vorgelegt, industrieller Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich vorzuziehen, der wohl auf eine richtige Vertretung der gesamten westdeutschen und ostfranzösischen Romanindustrie hinausläuft. Seitdem dieser Plan von den Franzosen abgelehnt wurde, hält Herr Stinnes Verhandlungen mit ihnen offenbar für unfruchtbar, und er hat auf in seiner letzten Rede im Reichstagsparlament nicht ohne Grund, daß mit Frankreich nicht zu machen sei. Es ist möglich, daß Herr Stinnes entsprechend dieser seiner Anschauung seine Freunde Siemens und Bögl von einer Teilnahme an der Brüsseler Konferenz abgehalten hat. Das möchte entschieden verurteilt werden; denn die nationale Disziplin, die wir heute in höherem Grade nötig haben als je, verlangt, daß die geeigneten Kräfte sich in den Dienst der Politik und der Tatkraft stellen, die von der verantwortungsvollen Regierung im Interesse des Ganzen angewandt wird. Herr Stinnes ist ein mächtiger und gewis auch ein sehr kluger Mann; aber er ist immer noch keine verfassungsmäßige Einrichtung des Deutschen Reiches und er sollte seine Privatpolitik nicht anders als durch freie Parteilichkeit seiner Ansichten durchzusetzen suchen.

Die Ausschaltung der deutschen Festungen mit Artillerie. Aus Berlin meldet W. T. B.: Die Vorkonferenz, die durch eine Note vom 17. v. M. der deutschen Regierung mitgeteilt, daß nach ihrer Auffassung die Entscheidung der interalliierten militärischen Kontrollkommission in der Frage der Ausschaltung der deutschen Festungen mit Artillerie dem Vorschub wie dem Weite der Artikel 167 bis 180 des Vertrages von Versailles entspreche und daß sie diese Ausschaltung nur befähigen könne. Die Reichsregierung hat nun an die Vorkonferenz eine Note richten lassen, in der sie mitteilt, daß sie nicht anerkennen vermag, daß diese Entscheidung mit den Friedensbestimmungen im Einklang stehe. In Begründung dieses Standpunktes hebt die Note hervor: Nach dem Vertrage soll Deutschland das System der festigen Werke an seiner Süd- und Ostgrenze in dem Zustande vom 10. Januar 1920 und mit den Geschützen, die an diesem Tage die Bekämpfung bildeten, behalten dürfen. Nach der Entscheidung der Kontrollkommission sollen aber die 14 Festungen an der Süd- und Ostgrenze Deutschlands ihrer Geschütze beraubt und damit tatsächlich aus der Reihe der Festungen gestrichen werden. Von den übrigen drei festen Plätzen wird nur für zwei Mündungen die beantragte Zahl von Geschützen zugelassen, für Pillau werden fünf bis nur 35 Kanonen bewilligt. Königsberg soll nur etwa 20 schwere Geschütze erhalten. Die Reichsregierung hat nun an die Vorkonferenz eine Note richten lassen, in der sie dem Vorschub der Festungsarbeiten, das Deutschland doch zu seinem Schutze gegen einen bewaffneten Einfall behalten sollte, bleibt demnach an der Südgrenze nichts und an der Ostgrenze nur ein geringfügiger Rest übrig. Trotz eindringlicher Vorhaltungen hat sich die Vorkonferenz der Entscheidung der Kontrollkommission angeschlossen. Die Kommission hat die Auslieferung der Mündungen für übermäßig geltenden Geschütze verlangt. Der deutschen Regierung steht kein Weg mehr zu Gebote, ihr Recht zur Geltung zu bringen. Sie muß sich der Entscheidung der Alliierten beugen, legt aber gegen die Verletzung des Vertrages nachdrücklich Beschwerde ein. Die Note weist dann auf die seit dem Beschluß der Vorkonferenz wesentliche veränderte Lage an der deutschen Ostgrenze hin und führt aus: Wenn die dort liegenden festen Plätze sämtlich aller Bekämpfungsmittel beraubt werden, so schwände die letzte Möglichkeit, einem eindringenden Gegner Widerstand zu leisten. Die deutsche Regierung bittet daher die alliierten Regierungen, nicht darauf zu bestehen, daß Königsberg, Pillau sowie die feste Döben, die als vorgeschobener Vorposten dem ersten Ansturm des Gegners handhaben haben würde, sofort entwaffnet werden. Sie bittet, ihr dafür bis zur Klärung der Verhältnisse im Osten Rücksicht zu gewähren. — Die Note teilt zum Schluß mit, daß die Befehle zur Ablieferung und Zerstörung aller übrigen Geschütze, soweit sie von der Kontrollkommission nicht genehmigt sind, am 15. und 20. d. M. ergangen sind. — Am Berliner Kaiserhof hat Mac Cormick, der amerikanische Senator Mac Cormick hat Montag abend Berlin verlassen und sich zunächst nach Koblenz begeben. Der seiner Reise hat er dem Berliner amerikanischen Institut einen Besuch abgekehrt. Während dieses Besuchs sprach er sich, wie die „N. N. am Mittwoch“ berichtet, über die Aussichten der deutsch-amerikanischen geschäftlichen Beziehungen gänzlich aus und schloß sein Urteil über die allgemeine Lage in die Worte zusammen: Am Ende des Tunnels kann man Licht sehen. Zur Erreichung einer Annäherung zwischen den beiden Staaten hat Mac Cormick besonders aus den gegenwärtigen Besuch der Hochschulen durch die Studenten der sehr wichtige. Er meinte, daß mit Rücksicht auf die Distanzverhältnisse in Amerika den deutschen Studenten sehr entgegenkommen werden müsse, etwa durch Erleichterung von Dolmetschern.

Dynamitententat in Larnowik. Vorliebe Nacht wurde in Larnowik der Versuch gemacht, mittels einer Dynamitpatrone das Denkmal Kaiser Wilhelm I. zu sprengen. Während die unteren Steinküsten und die Umfassung des Denkmals zertrümmert wurden, blieben Sockel und Figur unbeschädigt. Der angerichtete Schaden ist demnach sehr beträchtlich. Im Umkreise von 100 Metern wurden sämtliche Fenster zertrümmert.

Verbildung des Holzpreises. Der ungebildete Unter- ausdruck des Reichsmittelständes für Holz und Forstwirtschaft hat zu heute vormittag 10 Uhr beschleunigt eine Sitzung einberufen, in der die Konstituierung des Ausschusses und eine Beratung über Maßnahmen zur Verbildung des Holzpreises stattfinden soll. Der Einberufer ist Direktor Krämer. — Zur Frage der Feiler des 18. Januar 1921 hat sich die Reichsregierung dahin schlüssig gemacht, von der Bestimmung dieses Tages als eines gesetzlich anerkannten Feiertages im Wege der Gesetzgebung abzusehen. Sie erachtet es aber als wünschenswert, daß an diesem Tage in den Schulen der Einigung der deutschen Stämme durch die Gründung des Reiches und seines nunmehr fünfzigjährigen Bestehens in angemessener Weise gedacht werde. In einem Rundschreiben an die Landesregierungen spricht der Reichsminister des Innern die Bitte aus, in dieser Richtung alsbald das weitere veranlassen zu wollen.

Ungererfreit eines Hundes. Wie dem „Berl. Lokalanzeiger“ berichtet wird, ist der unidiale Rechte- anwalt Kap in Oberfeld nach 14-tägiger Ungererfreit am 2. Feiertage in einer Heilanstalt gestorben. — Die Tarifverhandlungen in Güter- und Personenerverkehr. Nachdem der Unterausschuss des Sachverständigenbeirates der Reichseisenbahnen kürzlich der Reichsregierung erhebliche Tarifveränderungen im Güter- und Personenverkehr zur Deckung des Fehlbetrages im Eisenbahnausgleich vorge- schlagen hatte, sind jetzt die Vorarbeiten für die Aufstellung der neuen Tarife begonnen worden. Sie sehen, wie die „Voss. Zig.“ hört, eine erhebliche Steigerung der Gütertarife und eine mäßige Steigerung der Personentarife vor. Der dem Frühjahr ist mit dem Inkrafttreten der neuen Tarife nicht zu rechnen.

Die Lieferung pharmazeutischer Produkte an Frankreich. Laut Mitteilung der Reparationskommission sind im November 1701092 Kg. Farbstoffe und 8217 Kg. pharmazeutische Produkte von Deutschland geliefert worden. Bis zum 30. v. M. wurden insgesamt 9679104 Kg. Farbstoffe und 36701 Kg. pharmazeutische Produkte abgeliefert. Am 24. Oktober d. J. wurde ein Protokoll unterzeichnet, das die Lieferung von 25% der pharmazeutischen Produktion in Deutschland regelt, auf das die Reparationskommission ein Optionsrecht hat.

Kommunistische Gekümmen. Gestern begannen in Berlin die Verhandlungen des Reichstages der kommunistischen Jugend Deutschlands. In seinem Referat stellte Guepiter-Hamburg gewaltige blutige Kämpfe des Proletariats in Aussicht. Ein Ausbruch des Eisenbahnerstreiks sei eine günstige Gelegenheit, um eine Aktion gegen die Regierung zu entfesseln.

Die verdorbenen Buttermengen. Zu ihrer Meldung über verdorbene Buttermengen in Leipzig bringen die „Voss. Z.“ in ihrer heutigen Morgennummer folgende Erklärungen: Wie uns die Firma August Braun mitteilt, und wie uns die Reichsstelle in Berlin auf unseren telephonischen Anruf auch schon bestätigt, kann es sich bei den Angriffen auf die Reichsstelle nur um solches handeln: Die Reichsstelle hat im Sommer dieses Jahres in Holland große Mengen Butter gekauft und mußte bei dieser Gelegenheit von den Holländern etwa 2000 Zentner minderwertige Lagerware mit abnehmen, da sonst die Holländer die gute Butter nicht abgeben wollten. Die Holländer haben jedoch die etwas minderwertige Butter erheblich billiger berechnet als die frische Butter, so daß aus diesem Kauf für die Reichsstelle keinerlei Schaden entsteht. Diese Butter hat nicht etwa, wie in dem Bericht steht, einen handhohen Betrag von Schimmel, sondern es haben einzelne Fässer Stroh, die höchstens einige Zentimeter tief sind. Bei diesen Fässern wird die oberste Schicht abgenommen und besonders verwertet. Die Kosten dieses Un- arbeitens betragen nicht 4 Mark für das Pfund, sondern 20 bis 25 Pfennige pro Pfund, und werden relativ dadurch ausgeglichen, daß die Butter wegen ihres minderwertigen Zustandes erheblich billiger eingekauft wurde. Die Abnahme der Butter in Holland ist auch, wie uns mitgeteilt wird, durch erste Butterfachleute Deutschlands vorgenommen worden. — Die Reichsstelle teilt uns mit, daß die Angriffe gegen sie mehr oder weniger aus Kreisen, denen daran gelegen ist, die staatliche Vermarktung von Milch, Butter und Käse zu befechtigen und die Reichsstelle, die ihnen ein Dorn im Auge ist, zu befechtigen. — In der Butterangelegenheit habe man es mit einer ganz ungeheuerlichen Übertreibung zu tun. Der Sachbündel und die Landwirtschaft streben schon seit langem dem Ziele an, die Zwangswirtschaft zu befechtigen. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Butter würde nichts mehr und nichts weniger als den völligen Zusammenbruch unserer Milchwirtschaft zur Folge haben. Schon jetzt sind Fälle bekannt, wo Milchproduzenten oder Zwischenhändler die Milch absichtlich sauer werden lassen, um daraus Butter zu bereiten. Bei einer